

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Post) beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte 1.80 Reichsmark, sechs Hefen 10.00 Reichsmark, ein Jahr 36.00 Reichsmark. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten. Die Preisangabe ist in Reichsmark. Die Postgebühren sind in Reichsmark. Die Preisangabe ist in Reichsmark. Die Postgebühren sind in Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmefunden und Radiotelegramme.
In Berlin, Hamburg und Königsberg beschloßen Eisenbahnervertreterungen des gestrigen Tages die sofortige Wiederaufnahme der Lohnbewegung. Resolutionen für die neuen Forderungen wurden angenommen und die Überleitung der Beschäftigten an die zuständigen Organisationen in die Wege geleitet.

Am Wochenende sind in Berlin nur noch vereinzelte Anhebungen in der Inflation erfolgt. Neue Betriebsstörungen sind in der abgelaufenen Woche nicht zu melden.

Die polnische Handelsdelegation ist überaus freundlich zu Warschau nach Berlin zurückgekehrt. Sie hat um eine neue Sitzung für Montag nachgedacht. Nach Berliner Auffassung wird der Zweck der für Montag abzurufenden Sitzung erheblich formaler Art sein und die Sitzung die Bekanntgabe des Inhalts des polnischen Ausdrucksvertrages an die deutsche Delegation bringen.

Aus Berlin verlautet, daß Trocki sich bis vor kurzem hier aufgehalten und sich in einer Sitzung einer Mandatoperation unterzogen habe. Politisch habe er sich nicht betätigt.

Statistische Erhebungen des Petersburger Instituts für Mutterisch haben ergeben, daß fast alle Mütter in Sowjetrußland nur je ein Kind besitzen. Ganz selten werden in einzelnen Familien zwei Kinder aufgezogen. In den meisten Sowjetfamilien kommt niemals mehr als ein Kind zur Welt, da die Nahrungsmittel knapp sind und auf den Ertrag von fünfzehn Kindern vorzuziehen wird.

Auf dem 18. Internationalen Kongress gegen den Alkoholismus in Dorpat (Estland), der gestern zum Abschluß kam, schloßen sich führende Persönlichkeiten der kirchlichen alkoholgegnerischen Arbeit aller christlichen Konfessionen zu einem vorläufigen Komitee zusammen.

In Prag fand eine gut besuchte Fachtagung statt, in welcher die Vertreter der tschechischen mit einer Mission beauftragt, falls die Landesparlamentarier gegen den Generalstabes und Fachstellenführer General Sedwa nicht binnen zehn Tagen mit einer offiziellen und vollständigen Rechtfertigung des Generals eintrifft. Die anwesenden Regierungsexperten reagierten auf diese Drohung nicht.

Dem „Wiesbadener Tagblatt“ zufolge sollen die französischen Kriegsexperten im besetzten Gebiet ufgleich und zu einem einzigen Gericht in Mainz der Krieg zusammengefaßt werden.

In der französischen Kammer hat der Justizminister einen Bericht vorgelesen, der beweist, daß die Propaganda zu unterdrücken, die darauf ausgeht, einen Teil des französischen Gebietes der Autorität der französischen Regierung zu entziehen. Dieser Bericht stellt ein Ausnahmemaßnahmen gegen falsche Nachrichten und die dortige Autonomiebewegung dar. Man merkt die Hand des Deutschenfeindes Poinecaré.

Der Berliner Postpreis wird am 5. August um fünf Centimes für ein Kilo auf 2,75 Zr. herabgesetzt werden.

Im englischen Unterhaus wurde auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Ende vorigen Jahres zwischen deutschen Frauen und im besetzten Gebiet lebenden englischen Soldaten 648 Ehen geschlossen worden sind.

Zwei Londoner Meldungen sindbisher zwischen den Vorkriegsständen ein streng vertraulicher Meinungsaustrausch statt, um Deutschlands glatten Eintritt in den Vorkriegsstand zu ermöglichen. Besondere Schwierigkeiten machen die politischen Forderungen, die seit Stillstands Staatsvertrag verhängt sind. Auch Spaniens Haltung ist noch ungewiß.

Der englische Bergarbeiterführer Cool erklärte in einer Rede in London: Wenn die Arbeiter es wünschen, so seien die Vertreter des Bergarbeiterverbandes bereit, entweder mit der Regierung oder den Grubenbesitzern zwecks Abschluß einer ehrenhaften Regelung zu verhandeln. Vorausgesetzt, daß die Frage der längeren Arbeitszeit ausgeglichen und ein nationales Einkommen mit dem entsprechenden Mindestlohn geschaffen werde.

Strafantrag gegen Seevering und Weiß.

Im Zusammenhang mit den Kompetenzstreitigkeiten, die in der Magdeburger Morbidge Sellung zwischen dem Magdeburger Untersuchungsrichter Kölling und dem preussischen Innenministerium zum der Landesministerialrat und ihrem Leiter, Regierungsdirektor Dr. Weiß, entstanden sind, meldet der „Berliner Lokalanzeiger“, aus Magdeburg, daß das Mitglied des Preussischen Landtages, der Abgeordnete Professor Konrad Wener (nat.), in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Landtages Magdeburg an den Oberparlamentarier beim Landtag in Magdeburg ein Schreiben gerichtet habe, in dem er Strafantrag gegen den preussischen Minister des Innern, seine zuständigen Deputierten und den Leiter der Landesministerialrat, wegen Begünstigung der Würder des Polizeibehalters Sellung sowie wegen Missetat“ erstatte.

Der Tatbestand der Begünstigung soll darin liegen, daß der Innenminister, nachdem er bereits einen nach den Erklärungen des Untersuchungsrichters infolge seiner Kenntnis der Ermittlung der Unternehmung nicht erforderten Kriminalbeamten „unter überhöhter Einwirkung eines Disziplinärerfahrens entfernt hat (den Holt), nunmehr einen anderen mit der Ermittlung in der Morbidge beschäftigten und eingearbeiteten Kriminalbeamten aus politischen Gründen dem Untersuchungsrichter entzieht, obwohl der Untersuchungsrichter die amtliche Erklärung abgegeben hat, daß er aus Gewissensgründen und um nicht selbst eine strafbare Handlung zu begehen, mit anderen ihm zur Verfügung gestellten Kriminalbeamten nicht arbeiten könne“.

Der letzte Postus bezieht sich auf einen anderen Magdeburger Kriminalkommissar, den der Untersuchungsrichter an Stelle des Holts beranzusetzen wollte und der aus dienstlichen Gründen an eine andere Polizeierstellung abberufen wurde, während für die Magdeburger Sache zwei Berliner Spezialisten bestimmt worden sind.

Kabinettsrat über die Magdeburger Angelegenheit.

Wie das Berliner Tagblatt hört, wird sich das preussische Staatsministerium in den nächsten Tagen mit dem Schreiben des Magdeburger Untersuchungsrichters Kölling an den Polizeipräsidenten von Magdeburg beschäftigen. Diesem Kabinettsrat werde eine Beschlussempfehlung zuzufügen sein und der Justizminister am Jenseitshof vorgehen. Der Justizminister am Jenseitshof soll Justizminister am Jenseitshof mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Rammberg, dem Magdeburger Richter disziplinarisch unterziehen, in Verbindung treten. Regierungsdirektor Dr. Weiß und der Berliner Kriminalpolizeikommissar Galow sind in Magdeburg einetroffen und hatten mit Polizeipräsident Krenel eine Unterredung.

Der Innenminister gegen den Untersuchungsrichter.

Wie die B. Z. aus Magdeburg meldet, ist der Magdeburger Polizeipräsident Bengel von seinem Urlaub vorzeitig zurückgekehrt und hat sofort mit Oberpräsident Sellung und dem Regierungspräsidenten eine Besprechung über die Lage gehabt. Es wurde beschlossen, namentlich eine Generalerklärung gegen die Angriffe des Untersuchungsrichters Kölling vorzubereiten. Ebenso wird der vom Untersuchungsrichter Kölling angegriffene Polizeibeamter

Rot-front greift an.

Am gestrigen Sonntag fand in Verneuchen bei Berlin eine Werberveranstaltung des Reichsbanners statt. Gegen oben kamen rote Frontkämpfer auf der Rückfahrt von Treuenbrietzen nach Verneuchen und überfielen die R. F. K. mit einer Reihe mit Messern und Schlagringen. Es wurden zwei Reichsbannerleute, die ins Treuenbrietzen aus Schloßburg abgedrängt wurden, und vier rote Frontkämpfer verletzt.

Aus Köln wird gemeldet: Sonntag abend wurde zwischen Benrath und Langensfeld ein von Köln kommendes Automobil mit Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens, die von ihrer Kolner Tagung heimkehrten, von ebenfalls mit einem Kraftautomobil aus Düsseldorf kommenden roten Frontkämpfern mit Pistolen beschossen und mit Steinen und Flaschen beworfen. Durch Stein- und Flaschenwürfe wurden einige Jungdeutsche verletzt, darunter zwei schwer. Das Automobil der Kommunisten wurde von der Polizei angehalten und durchsucht. Dabei wurden zwei Dohle, drei Pistolen, ein Schlagring, zwei Sammeltrichter, ein Leuchtpistole sowie eine Schachtel Patronen gefunden. Das Auto wurde beschlagnahmt. Ein anderes Automobil wurde in Wimbörf angehalten

Keine Abrüstung Frankreichs.

Der französische Ministerpräsident Poinecaré hat gestern eine Abordnung der Kriegsinstitutanten empfangen. Er erklärte: Trotz der Schwäche des Frankreich muß Frankreich wehrhaft bleiben wie 1914. Ersatzstoffe am Ferrocetal würde Frankreich mit seiner politischen Stellung in der Welt bezahlen müssen. Ein Abbau des Nationalerbes der Interalliierten Militärkommission zum 1. August, wie von anderer Seite fälschlich angeknüpft war, ist nicht erfolgt.

Der Reichsbehörden des verhafteten Fabrikdirektors Haas, Rechtsanwalt Dr. Braun, veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen die Ausstellungen des Untersuchungsrichters Kölling wendet. Sämtlich Kölling wie auch der Magdeburger Kriminalkommissar ten Holt hätten sich gegenüber der Spure, die von Haas noch zu Erörtern hinführen, streng abweisend gehalten. Im Interesse einer objektiven Prüfung sei er daher gestungen gewesen, sein Material dem Kriminalkommissar Buschorf zu übergeben. Die Aufklärung der Reiche Sellings sei das alleinige Verdienst des Kriminalkommissars Buschorf, Kriminalkommissar ten Holt habe seit dem 16. Juni 1925 in der Sache ergebnislos gearbeitet.

Der Richterbund für den Untersuchungsrichter.

Der Vorsitzende des Bezirksvereins Magdeburg des Preussischen Richtervereins veröffentlicht eine Erklärung, die besagt, daß ein Zusammenritt der Magdeburger Richterkollegiums nicht festgelegt habe. Er habe aber mit einer Reihe von Richtern, die sich dem Richterbund anschließen, sich in Verbindung gesetzt. Die Erklärung bezieht sich in ihrem weiteren Verlauf mit dem Recht des Untersuchungsrichters, Kriminalbeamte nach ihrem eigenen Ermessen abzugeben oder zu beschuldigen.

Der Magdeburger Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“, dem Landgerichtsrat Kölling sein Schreiben an den Polizeipräsidenten zur Verfügung gestellt hat, erklärt sich zu der Mitteilung erwidert, daß das Schreiben zur Zeit der Veröffentlichung bereits auf dem Polizeipräsidenten in Magdeburg überreicht gewesen sei. Nach der Abberufung des Kommissars Baumel habe Dr. Kölling die Ermittlungen mit dem Kriminalkommissar Gehler als Hilfsarbeiter fort. Wie die „Halle'sche Zeitung“ berichtet, halten sich die Richterkollegiums auf dem hiesigen Magdeburger Polizeipräsidenten auf, um gegebenenfalls dem Untersuchungsrichter sofort zur Verfügung zu stehen. Wie das Blatt wissen will, soll das Material der Berliner Beamten ausreichen, die Täterhaft Schuldlos einwandfrei festzustellen, sowie die vollkommene Unschuld Haas' und Hofers zu beweisen.

Unklar ist bestritten, daß der frühere Chefskriver Reuter des verhafteten Direktors Haas in Haft genommen worden ist. Ueber die Gründe der Verhaftung bemerken die amtlichen Stellen Stillschweigen.

Der Konflikt auf dem Studententag.

Die Resolution des Deutschen Studententages in Bonn wurde am Sonnabend mit Begrüßungsansprüchen eröffnet. Zu dem Flaggenerfall hatte der Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft zwei Anträge eingebracht. In dem ersten wird die Mitgliedschaft des Deutschen Studententages gegen den Vorsitzenden der Bonner Studentenschaft zum Ausdruck gebracht, und in dem zweiten wird erklärt, der Deutsche Studententag sei nicht in der Lage, sich als Vorkämpfer der Bonner Studentenschaft anzusehen, solange an deren Spitze der bisherige Vorsitzende stehe. Beide Anträge sollten ohne Ausnahme angenommen werden, mögen jedoch der Vertreter der Bonner Studentenschaft Einspruch erheben. Als dann zur Abstimmung geschrieben wurde, wies der Vertreter der Bonner Studentenschaft auf die Folgen hin und verzicht auf den Stimmzettel.

Die Zahl der Besatzungstruppen.

Das schiedliche Geschichts der Alliierten. Verlegenheitsausrede der Reichsregierung.
Der englische Außenminister Chamberlain hat im Unterhaus erklärt, daß Deutschland keinerlei Zulage gegeben worden sei, die Besatzungstruppen im Rheinland auf die Zahl der deutschen Besatzungstruppen zu verringern. Dadurch ist der Streit um die „diffères normaux“ wieder heftiger als zuvor geworden.

Salbständig wird von deutscher Seite hierzu erklärt.

Salbständig wird von deutscher Seite hierzu erklärt: „Selbständig wird in der Note der Besatzungskommission vom 14. November 1925 Deutschland zugelaufen worden, eine fälschliche Vergrößerung der Besatzungstruppen, und zwar eine Herabsetzung der Besätze auf ungefähr die Normalzahl (diffères normaux) vorzunehmen. Diese Zulage war tatsächlich nicht ganz klar, und deshalb ist letzterzeit schon ein deutscher Schritt in Berlin erfolgt. Der deutsche Vorkämpfer hat dem französischen Außenminister erklärt, die deutsche Regierung würde die diffères normaux gleichsetzen mit der Zahl der von Deutschland vor dem Kriege in den fraglichen Gebieten unterhaltenen Truppen. Dem ist von französischer Seite nicht widersprochen worden. Chamberlain hat zwar erklärt, man habe Deutschland diese Auslegung nicht als Zulage gemacht, er hat aber, und das muß doch hervorgehoben werden, auch nicht erklärt, daß die Herabsetzung auf die deutsche Vorkämpfer nicht erfolgen würde. Es wird über die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen bei jeder Gelegenheit verhandelt, denn der Zustand ist ja jetzt tatsächlich der, daß noch fünf bis zehnmal mehr Mann mehr in den besetzten Gebieten sind als vor dem Kriege. Die deutsche Regierung wird die Verminderungen der deutschen Regierung um Durchführung ihres Standpunktes keinen Augenblick nachlassen.“

Chamberlain hat aber, und das muß doch hervorgehoben werden, auch nicht erklärt, daß die Herabsetzung auf die deutsche Vorkämpfer nicht erfolgen würde.“ Diese geradezu naive halbamtliche Verlegenheitsauslegung sollte man dem deutschen Kalle denn doch lieber nicht bieten. Wir haben gerade schon genug roten Antisemitismus, und auch diese ständige Ergänzungsansätze zu Chamberlains glatter Ablehnung einer Verpflichtung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Regierung wieder einmal ihre Illusionen für bare Münze genommen hat und nun mit der ganzen Reihe merkwürdigen halbamtlichen Erklärung verfahren ist.

Amphibisch der jetzigen deutsch-englischen Spannung muß man den „Bemühungen der deutschen Regierung um Durchführung ihres Standpunktes“ leider sehr heftig gegenübersehen. Wenn man sich erst einmal hat betrogen lassen, wie wir durch England und Frankreich, ist es sehr schwer, den Schaden wieder gutzumachen, besonders gegen Leute wie Poinecaré und Chamberlain.

Zur Sanierung Frankreichs.

Die französische Kammer hat die Finanzgleichentwürfe Poinecarés mit 304 gegen 177 Stimmen der Linken angenommen. In der Debatte erklärte Poinecaré u. a., Frankreich werde „seine Auslandsschulden im Rahmen seiner Kräfte zahlen“. Eine Verordnung des Finanzministeriums hat den Jüngsten der „Bonds der nationalen Verteidigung“ bis auf 6 Prozent erhöht; man soll dadurch die kurzfristigen Bonds in „Inlagepapiere“ umwandeln. Die Sozialisten haben einen Gegenentwurf über Einführung einer Auslandsteuer eingebracht.



